

Aus Kantonen und Sektionen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **61 (1974)**

Heft 9: **Der arbeitgleiche Unterricht II**

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

derung, sämtliche Möglichkeiten des geltenden Hochschulförderungsgesetzes ausgenutzt werden, um ein Planungsinstrumentarium im Hochschulbereich aufzubauen, das alle erforderlichen Grundlagen und Daten zusammenträgt und im Hinblick auf das zu schaffende Gesetz aufarbeitet.

Die «sieben Forderungen» sollen anstossend wirken, um «ohnmächtige» Bildungspolitiker und Parlamentarier zum entschlossenen Handeln zu ermuntern. Für den VSS – programmatisch der gewerkschaftlichen Orientierung verpflichtet – bilden die erhobenen Forderungen eine Diskussionsplattform, auf der zusammen mit nahestehenden Organisationen günstige Startvoraussetzungen für eine «echte ‚Hochschule Schweiz‘» geschaffen werden sollen.

aus: «National Zeitung», Basel, 26. 2. 1974

Zukunftssichere Berufe?

Die Meinung eines Berufsberaters

Die Schulaustretenden haben heute keine Mühe, geeignete Ausbildungsmöglichkeiten zu finden, mit Ausnahme von einigen sogenannten Modeberufen.

Trotz dieser Lage zeichnet sich eine vermehrte Unsicherheit ab, weniger bei den Ratsuchenden selber, als bei den Eltern. Die Erkenntnis, dass das Wirtschaftswachstum nicht ungehemmt weitergehen kann, die Beschränkung der Rohstoffe und die pessimistische Lagebeurteilung durch Wirtschaftsfachleute und Politiker haben offensichtlich zu dieser Unsicherheit geführt. Sie wird verstärkt durch eine Reihe von Betriebsschliessungen. An den Berufsberater wird deshalb oft die Frage nach den zukunftssicheren Berufen gerichtet.

Wir wissen mit Sicherheit nur eines: Alle Prognosen und Perspektivstudien sind vielschichtig und komplex und deshalb vage in ihren Aussagen, so dass es ausserordentlich schwer fällt, gültige Schlüsse ziehen zu wollen. Die Frage nach den zukunftssicheren Berufen lässt sich deshalb nicht eindeutig beantworten. Wichtiger als der berufliche Einstieg sind die persönlichen Qualitäten wie geistige Beweglichkeit, Umstellfähigkeit und nicht zuletzt die immerwährende Weiterbildung. Arbeiten heisst deshalb nicht nur etwas leisten, sondern auch fortwährendes Lernen, um sich den veränderten Gegebenheiten anpassen zu können. Eine gute berufliche Ausbildung schafft die Voraussetzung dazu.

Aber nicht nur, was man kann und weiss, ist massgebend, sondern in vermehrtem Masse auch, was man ist. Menschliche Qualitäten, die die Zusammenarbeit erleichtern, sind für die berufliche Weiterentwicklung des Einzelnen nicht weniger wichtig, denn die komplexen Vorgänge in allen Wirtschafts- und Lebensbereichen erfordern überall und auf allen Stufen eine enge Zu-

sammenarbeit. Nicht nur wer lernt, sondern auch auch wer an sich selber arbeitet, wird die Zukunft meistern. Der junge Mensch in unserer Zeit wird sich behaupten können und ein sinnerfülltes Leben finden, wenn er bereit ist, einen entsprechenden Einsatz zu leisten.

Otto Habegger, Biglen

Aus Kantonen und Sektionen

Zürich:

Aktuelle Schulprobleme

An einer Tagung der Bezirksschulpflege Bülach in Kloten hat der Erziehungsdirektor, Regierungsrat Gilgen, über aktuelle Schulprobleme referiert. Zunächst befasste sich der Redner mit der Kritik an unseren Schulen, mit der man sich auf jeden Fall ernsthaft auseinandersetzen müsse, selbst wenn sie in manchen Punkten ungerechtfertigt erscheint.

Gewisse Probleme unserer Schulen lassen sich auch ohne wissenschaftliche Analyse aus der täglichen Erfahrung heraus beurteilen. Dazu gehört beispielsweise die Feststellung, dass allein schon durch eine Reduktion der Klassenbestände wesentliche Verbesserungen im Unterrichtswesen erreicht werden könnten – ein Postulat, das gegenwärtig allerdings nicht leicht zu erfüllen ist.

Ausbau der Lehrerbildung

Eine andere offensichtliche Notwendigkeit ist sodann die bessere Ausbildung der Lehrer. Ein Gesetzesentwurf, der die Verlängerung der Berufsausbildung am Oberseminar um ein Jahr in Verbindung mit einer Umstrukturierung der Lehrerausbildung bringen soll, ist in Vorbereitung: im weiteren ist auch Gewicht zu legen auf eine bessere Betreuung der Junglehrer.

Der Erziehungsdirektor berührte hier ein Thema, das den Gemeindeschulbehörden offenbar besondere Sorgen bereitet, wie die anschliessende Diskussion zeigte, in der wiederholt und nachdrücklich eine ungenügende Vorbereitung der jungen Lehrer auf die Praxis kritisiert wurde. Die Verlängerung der Ausbildungsdauer soll denn auch die Möglichkeit bieten, die nötigen Praktika besser in die Ausbildung einzufügen.

Reformen und Fixpunkte

In Zusammenhang mit den Fragen der Schulreform wies der Erziehungsdirektor darauf hin, dass hinter manchen in der Reformdiskussion gängigen Begriffen, die zum Teil bereits zu Leerformeln abgewertet sind, unzählige verschiedene Vorstellungen stecken, so beispielsweise hinter dem Begriff «Chancengleichheit», der immerhin ein mögliches Ziel der Schulreform bezeichnet;

ein konkret ebenfalls nicht leicht zu umreissen- des Reformziel wäre auch die Erleichterung der Orientierung in der Gesellschaft.

Bei allen Änderungsbestrebungen müssen nach der Überzeugung des Erziehungsdirektors eine Reihe von Fixpunkten beachtet werden. Zunächst braucht es nach wie vor die Leistungsschule; Regierungsrat Gilgen würde sich gegen jede Schulreform wehren, die einen Leistungsabbau anstreben würde. Abzubauen sind allenfalls sinnlose Leistungen zugunsten der angemessenen, sinnvollen Leistung.

Ein weiterer Fixpunkt ist das demokratische Vorgehen bei Änderungen der Schule. Das langwierige demokratische Verfahren ist zwar oft mühselig und scheint manche notwendige Reformen zu verhindern – «es hindert uns aber auch vielfach, Dummheiten zu machen», wie der Erziehungsdirektor erklärte. Sodann warnte er vor einer Ideologisierung der Schulreform, die meist mit der Propagierung einseitiger «Patentlösungen» verbunden sei; und als weitere unerlässliche Bedingung bei Schulreformen nannte er die Notwendigkeit, Änderungen vor der definitiven Einführung zu erproben.

Koordination des Französischunterrichts

Erziehungsdirektor Gilgen erläuterte dann die für die Vorbereitung und Durchführung von Schulversuchen massgebenden Kriterien, wie sie dem in der Vernehmlassung stehenden Entwurf für ein Schulversuchsgesetz zugrunde liegen. In bezug auf den laufenden Versuch mit Französischunterricht an der Primarschule erklärte Regierungsrat Gilgen, dass nach seiner persönlichen Auffassung der Französischunterricht definitiv mit Beginn des fünften Schuljahres eingeführt werden sollte; einem Entscheid im Kanton Zürich steht allerdings vorläufig noch die Rücksicht auf die interkantonale Koordination entgegen. Die Erziehungsdirektorenkonferenz wird ihre Empfehlung zum Fremdsprachunterricht gestützt auf den Bericht einer Expertenkommission abgeben, der demnächst abgeliefert werden sollte. Die Festlegung eines für alle Kantone einheitlichen Termins für die Aufnahme des Fremdsprachenunterrichts nannte Regierungsrat Gilgen das wichtigste Ziel, das er in der Erziehungsdirektorenkonferenz erreichen möchte.

Luzern:

Welches sind die Ziele der Oberstufenreform im Kanton Luzern?

Der Schlussbericht der Kommission Rickenbacher liegt vor.

Am 12. Februar stellte der Luzerner Erziehungsdirektor Dr. Walter Gut den Schlussbericht der Kommission zur Gestaltung der Oberstufe vor. Dieser Schlussbericht ist das Arbeitsergebnis der Kommission Rickenbacher, die am 12. Okto-

ber 1972 vom Luzerner Erziehungsrat mit dem Auftrag ernannt wurde, bis Ende 1973 die Bildungsziele für die Oberstufe, organisatorische Vorschläge, Anforderungen an die Lehrerbildung und Grundlagen für die bildungspolitischen Entscheide zu entwickeln.

Der Bericht dieser Kommission, die nach dem Präsidenten Dr. Iwan Rickenbacher, Pädagogisches Institut der Universität Fribourg, benannt wurde, baut auf dem bisherigen Schulsystem auf und stellt eine organische Entwicklung auf, die politisch realisierbar sein wird. Die Leitideen der Kommission wurden bereits vor längerer Zeit der Lehrerschaft und der gesamten Öffentlichkeit zur Vernehmlassung zugestellt. Dieser Schlussbericht will deshalb verschiedene Zwecke erfüllen:

1. Diskussionsgrundlage. Er soll in Lehrerkonferenzen besprochen werden.
2. Entscheidungsgrundlage für politische Behörden.
3. Das Konzept will noch nicht Schulreform sein. Aber die Diskussionsergebnisse sollen verarbeitet (die Kommission wurde nicht aufgelöst) und dem Erziehungsrat bis Ende April zugestellt werden.

Die Kommission, die aus 17 Mitgliedern besteht, wollte in ihrem Bericht Defizite im heutigen Schulsystem aufzeigen und abbauen helfen. Sie will aber vor allem der Schule eine grosse Flexibilität garantieren, welche den Abbau künftiger Defizite erleichtern soll. Nicht zuletzt sollte diese Kommissionsarbeit dazu beitragen, dass allen Schülern in der Region Innerschweiz in absehbarer Zeit bessere Angebote gemacht werden können.

Bedürfnisse der Schüler in der Oberstufe

Im Kommissionsbericht «Die Orientierungsstufe in kooperativen Schulzentren» wurde festgehalten, dass in der Oberstufe des obligatorischen Schulsystems die Berufsfindung das zentrale Bedürfnis der Schüler sein dürfte. Dabei erreichen die Schüler verschiedene Entwicklungsstadien:

- Die Oberstufe umfasst Schüler, die sich bereits für eine weiterführende, höhere Schule entschieden haben.
- In der Oberstufe sind Schüler, die auf Grund von Beratung und auf Grund von Vorbildern sich für eine Berufslehre entschieden haben.
- In der Oberstufe sind recht viele Schüler, die noch zu keiner Wahl fähig sind.

Ausgehend von der wichtigsten Aufgabe aller bestehenden Schultypen im 7. bis 9. Schuljahr, die Schüler durch Orientierung und Anleitung zur Schul- und Berufswahlreife zu führen, entschloss sich die Kommission, diesen Bereich des Schulsystems *Orientierungsstufe* zu nennen, der die bestehenden Schultypen Hilfsschule, Oberschule, Sekundarschule und Untergymnasium umfasst.

Verwirklichung der Orientierungsstufe in der Zentralschweiz

In der Kommission, in der auch Vertreter der Innerschweizer Kantone mitarbeiten, ging man von Leitideen aus, die zu den folgenden Themen verfasst wurden: Schulorganisation, Durchlässigkeit und Selektion, Lehrplan und Lehrerbildung. Diese Thesen bildeten die Voraussetzung für die konkrete Arbeit, in der vorerst folgende Hauptprobleme festgestellt wurden:

1. *Kleinräumigkeit der Schulkreise:* Die differenzierten Angebote in der Orientierungsstufe lassen sich nicht mehr in jeder Gemeinde verwirklichen. Regionalisierung drängt sich auf.
2. *Lehrerbildung für die Orientierungsstufe:* In der Zentralschweiz fehlt eine Ausbildungsinstitution für Orientierungsstufenlehrer. Für die Oberschullehrer besteht zwar die berufsbegleitende IOK-Ausbildung.
3. *Beratungsstelle für Schulfragen:* Die komplizierten Reformprojekte der letzten Jahre in den Kantonen der Zentralschweiz haben gezeigt, dass immer wieder das Bedürfnis nach Beratung durch Forschungs- und Planungsinstitutionen besteht. Zudem darf die Leistungsfähigkeit von Milizkommissionen nicht überschätzt werden.
4. *Das Untergymnasium in der Orientierungsstufe*
Nach der ersten Leitidee der Orientierungsstufe gehören alle Schüler im 7. bis 9. Schuljahr zu diesem neuen Schultyp. Doch erfolgte der Ausbau der Mittelschulen (nicht nur in der Zentralschweiz) nicht nach den gleichen Gesetzen wie der Ausbau der übrigen Volksschulen.

Ausgehend von diesen konkreten Problemen in der Innerschweiz, suchte die Kommission nach Lösungsmöglichkeiten, die als Vorschläge eingestuft wurden.

Die Kommission erachtet deshalb die schulorganisatorischen Fragen als vordringlich und meint in ihrem Bericht, dass die erste Voraussetzung für die innere Entwicklung der Orientierungsstufe die Regionalisierung der heutigen Schultypen im Bereich des 7. bis 9. Schuljahres ist. Dabei ist eines der Hauptprobleme die Festlegung der Grössenordnung der neuen Schulzentren, die in verschiedenen Modellen vorgestellt wurden. Sie werden kooperative Schulzentren genannt, weil sie verschiedene Schultypen im gleichen Schulzentrum umfassen sollen. In diesem Zusammenhang muss auch erwähnt werden, dass sich die Kommissionsmitglieder weitgehend einigen konnten, dass die Untergymnasien in die Planung der Orientierungsstufe miteinzubeziehen seien. Entscheidend für die Kommission ist aber die Tatsache, dass die Lehrerbildung für die Orientierungsstufe gelöst werden muss. Denn diese Orientierungsstufe miteinzubeziehen seien nicht gelingt, die Lehrerausbildung zu harmonisie-

ren. So wurde ein eigentliches Modell für diese neue Lehrerausbildung ausgearbeitet, die auch bereits in der Luzerner Hochschulplanung berücksichtigt wurde.

Eine neue Schule braucht aber vor allem neue Lehrpläne. Sie rufen nach neuen Lernzielen und Lerninhalten, wobei heute die Lehrkräfte bei der Entwicklung der Lehrpläne beteiligt sein müssen. Die Kommission ist deshalb der Ansicht, dass ein Kader für die Lehrplanarbeit ausgebildet werden muss, das sich mit Strategien zur Lehrplanentwicklung und deren theoretischen Grundlagen auseinandersetzen wird. Schwerpunkte in dieser Lehrplanarbeit wird die Entwicklung von Materialien für die Schul- und Berufswahlvorbereitung sein. Zudem müssen Materialien für die Förderung der Durchlässigkeit im Schulsystem erarbeitet werden, damit Korrekturen vorgenommen werden können, wenn ein Schullaufbahntscheid unrichtig ist. Um diese ganz grossen Aufgaben im Zusammenhang mit der Orientierungsstufe erfüllen zu können, muss eine Beratungsstelle für Schulfragen in der Zentralschweiz eingerichtet werden, die sich aber nicht nur auf die Orientierungsstufe beschränkt, sondern beim Endausbau die Planung von Entwicklungsprojekten von der Vorschule bis zur Mittelschule vorsieht.

Die ersten Reformschritte wurden bereits eingeleitet. Darüber orientierte Kantonalschulinspektor Gottfried Schaffhuser, der über die bisherigen Ergebnisse der Regionalisierung im Volksschulwesen orientierte. In dieser grossen Planungsarbeit stützt man sich vor allem auf den 1972 abgegebenen Bericht über die Regionalisierung ab und auf die vom Erziehungsrat verabschiedeten Richtlinien für die Einteilung der Schulkreise und die Schaffung von Schulzentren. Diese Richtlinien, von denen auch der Regierungsrat zustimmend Kenntnis nahm, sollen als Planungs- und Entscheidungsgrundlage dem Erziehungsrat, dem Erziehungsdepartement, den Gemeinden und Regionalplanungsverbänden dienen, um eine systematische Schulstandortplanung zu ermöglichen. Deshalb wird der Luzerner Grosse Rat nächstens einen orientierenden Bericht über die Frage der Oberstufenschulkreise erhalten.

Rationalisierung auf der Oberstufe

Kantonalschulinspektor Schaffhuser führte denn auch aus, dass das Ziel der Regionalisierung ein massvoller Zusammenzug der Lehrkräfte sei, damit die Sekundarschule mit Niveaüzügen parallel geführt werden kann. So sind verschiedene Reformbestrebungen im Gang:

- Schaffung von Berufswahlklassen: Ab neuem Schuljahr sind neben der Stadt Luzern Klassen in Kriens, Emmen und Hochdorf vorgesehen.
- Schaffung von Niveaüzügen in der Sekundarschule für die Fächer Mathematik/Fremdsprachen.

- Bereitstellen von Oberschullehrkräften, die an den Kursen der Interkantonalen Oberstufenkonferenz ausgebildet wurden.
- Verbesserung des Selektionsverfahrens an den Sekundarschulen, damit die punktuelle Auslese verringert werden kann.
- Zusammenschluss der verschiedenen Lehrmittelkommissionen auf der Oberstufe.

Nach der Schätzung von Regierungsrat Dr. Walter Gut wird die Arbeit der Regionalisierung noch 10 bis 15 Jahre dauern. In 5 Jahren werden aber für 70 Prozent der Schüler die Probleme der Regionalisierung gelöst sein. Aber Dr. Iwan Rickenbacher betonte an der Pressekonferenz deutlich, dass die Schulreformerarbeiten auf der Oberstufe eine rollende Reform mit verschiedenen Zeiträumen und Phasen bilde. Einzelne Lehrplanarbeiten müssen aber sofort beginnen und in der Beratungsstelle für Schulfragen unterstützt werden.

In der Region Luzern kann aber bereits mit den Arbeiten an der Orientierungsstufe begonnen werden. Bis 1977/78 sollten revidierte Lehrpläne für die Oberstufe, die nach den Worten des Luzerner Erziehungsdirektors das Scharnier in unserem Schulsystem bilden, vorliegen. Dies wird jedoch nur möglich sein, wenn die Lehrerschaft bereit ist, die Reform durchzuführen. Denn Inspektor Schaffhuser betonte mit Recht, dass nur das Engagement der Lehrer zur Verwirklichung der Ideen führt. – Der Kommissionsbericht kann kostenlos beim Erziehungsdepartement des Kantons Luzern bezogen werden. Walter Weibel

Luzern:

«Wie sind die Absichten Luzerns . . . ?»

Bildungspolitische Beiträge in kritischer Phase

Der Präsident des Schweizerischen Schulrates, Dr. J. Burckhardt, befasst sich in einer Studie mit den «Grenzen des Hochschulwachstums?» (Wirtschaftspolitische Mitteilungen Nr. 3/1974). Darin kommen unter anderem die Rationalisierungsbereitungen im schweizerischen Hochschulwesen zur Sprache, die weiter vorangetrieben werden müssten. «Alle Rationalisierungsmassnahmen haben jedoch ihre Grenzen.» In diesem Zusammenhang wird auch die Frage aufgeworfen, welcher Standort in der Hochschulpolitik neuen Universitäten zukommen würde: «Wie sind die Absichten Luzerns, des Aargaus und Solothurns, eigene Hochschulen oder Institute zu gründen, um damit ihren Beitrag an die «Hochschule Schweiz» zu leisten, im Lichte der Rationalisierung zu beurteilen?» Burckhardt unterstreicht, dass grössere Hochschuleinheiten ökonomischer sind als die kleinen. Nicht alle Hochschulen hätten aber bereits die «kritische Masse» erreicht. «Da aber manche Kantone nicht bereit sind, ihre Universitäten zu vergrössern, böten Neugründungen, soweit sie eine zahlenmässig

ins Gewicht fallende Ausbildung gewährleisten, eine willkommene Entlastung, die vermutlich den Nachteil aufwiegt, dass die Subventionsmasse des Bundes in mehr Stücke geteilt werden müsste.» Weil andere Kantone ihre Hochschulen nicht mehr ausbauen wollen oder können – bei sichtlichem Überwiegen der finanziellen Überlegungen – würde man demnach neue Hochschulen in andern Kantonen begrüssen. Ob damit aber das Problem «Hochschule Schweiz» wirklich gelöst werden kann und wird, ist nun doch eine offene Frage, denn das «Nicht-Können» und «Nicht-Wollen» resultieren doch aus der Tatsache, dass die bisherigen Bundesleistungen nicht ausreichen, um grosse neue Werke in Angriff zu nehmen. Dann aber steht das Problem der Verteilung des vorhandenen Kuchens an, der wiederum vergrössert werden müsste, falls die bisherigen Hochschulen nicht gekürzt und gleichwohl noch heute gebaut werden sollten. Bringt die nächste Entwicklung nun aber, so muss man sich fragen, eine reale Chance, dass für die Hochschulpolitik wirklich bedeutend mehr Mittel seitens des Bundes zu erwarten sein werden, wo der Bund ohnehin noch die Aufwendungen für die eigenen Hochschulen in Zürich und Lausanne und die zahlreichen Annexanstalten zu erbringen haben wird?

Dabei, und dies hat Bundespräsident E. Brugger kürzlich unterstrichen, sollen in Zukunft vermehrte Aufwendungen für den nicht-universitären Bildungsbereich erforderlich sein. Also werden künftige Hochschulaufwendungen, unter welchem Titel diese auch lanciert werden, mit andern Ansprüchen kollidieren, wobei zu sagen ist, dass auch der nicht-universitäre Bereich sehr förderungswürdig erscheinen muss. Wo also, so muss man sich fragen, liegt in der Gestaltung der Bildungsausgaben künftig jener vernünftig schweizerische Kompromiss, der in gerechter Weise die vorhandenen Mittel in die verschiedenen und sich offenbar noch mehrenden Kanäle fliessen lässt?

aus: «Vaterland», Nr. 86, 13. 4. 1974

Solothurn:

Förderung der Musikerziehung

Se. - Vor einiger Zeit hat das Schweizerische Komitee zur Förderung der Schulmusik einen Lehrplan für den Musikunterricht in der Schule (erstes bis neuntes Schuljahr) herausgegeben. Die Kinder, so heisst es in der Einleitung, haben ein Anrecht auf eine wirksame musikalische Erziehung durch die Schule. Die erstrebenswerten Ziele sieht man in der bestmöglichen Entfaltung der musikalischen Anlagen unserer Kinder durch Hören, Singen, Musizieren und Bewegen, auch in der Schaffung einer Beziehung zur Musik, und ebenso im Orientieren über die vielfältigen Erscheinungsformen der Musik. Wichtig scheint uns auch das Fördern des selbständigen und kriti-

schen Verhaltens zur Musik in der heutigen Welt. Das genannte Komitee wünscht wöchentlich zwei Lektionen auf allen Schulstufen. Der Unterricht auf der Unterstufe soll grundsätzlich vom Klassenlehrer erteilt werden. Wo das nicht möglich ist, soll ein Fachabtausch vorgenommen oder der Fachlehrer eingesetzt werden. Ganz allgemein wird heute dem Musikhören eine erweiterte Bedeutung zugemessen. Das den verschiedenen Gebieten entsprechende Liedgut ist noch nicht festgelegt. Es wird erst bei der Gestaltung der Lehrmittel berücksichtigt werden. Die kantonalen und regionalen Liederbücher sollen nicht ausgeschaltet, sondern organisch in den Lehrgang eingegliedert werden.

Vermehrte Bedeutung erhalten nach der Meinung der Musikfachleute auch *Musik und Bewegung* sowie die *Instrumente in der Schule*. Beide können im gesamten Raum der Musik eingesetzt werden.

Nun hat sich die Pädagogische Kommission des Solothurner Kantonallehrervereins (PK) unter dem Vorsitz von Seminarübungslehrer Aloys Baumgartner (Solothurn) mit diesem zweifellos aktuellen Problem befasst und im Vernehmlassungsverfahren einstimmig die wegleitenden Beschlüsse angenommen.

Im Interesse der Schüler wurden die verschiedenen Argumente sachlich gewürdigt. Man sieht eine kommende Koordination auch auf dem Gebiet der Musikerziehung.

Der *Lehrplan* ist wohl sehr durchdacht, doch muss er als Fernziel betrachtet werden. Im Seminar sollen Lehrer ausgebildet werden, die über eine erwünschte Ausstrahlungskraft verfügen, um diese hochgesteckten Ziele im Musikunterricht zu erreichen. – Damit jede weitere Zersplitterung vermieden werden kann, muss die *Lehrerfortbildung* sämtlicher Kantone ihre Kurse auf eine gemeinsame Zielsetzung ausrichten.

Für die ersten beiden Schuljahre, also in der Zeit, in der man die Schüler *Musik erleben* lassen soll, ist jeder systematische Unterricht noch zu früh. Ein Bewusstmachen ist erst im dritten Schuljahr möglich.

Der vorgelegte Stoffplan muss nach der Meinung der PK auf die Schuljahre 3 bis 8 verschoben werden. Im neunten Schuljahr handelt es sich nur noch um ein Vertiefen von bereits Erworbenem.

Es muss auch abgeklärt werden, wie viel im Stoffplan der *Medienerziehung* überlassen werden kann. – Ein *Fachpatent für Musik* drängt sich auf, besonders für die Oberstufe.

Die PK begrüsst die geforderte gegenseitige Durchdringung von Theorie, Singen, Hören und Musizieren. Dazu bedarf es aber befähigter Lehrer. – Für jede Stufe sollte ein *Minimallehrplan*

aufgestellt werden. Die Musik- und Medienerziehung reicht bis zur Matura.

Dem Kinde ist nicht geholfen, wenn es in trockener, geisttötender Methode in die Begriffe der Musiklehre eingeführt wird und nichts oder nur wenig von der berausenden Zauberwelt der Töne zu spüren bekommt.

Die PK anerkennt die Bestrebungen zur Belebung der Musikerziehung, doch sind sie auf ein Fernziel auszurichten. Die Lehrer müssen heute schon darauf vorbereitet werden. Eine auf den *ganzen Menschen* ausgerichtete und umfassende Musikerziehung kann nicht in eine strenge Systematik eingeordnet werden. Je mehr die Schüler lernen, die hehre Musikwelt in ihrer ganzen Ausstrahlung zu erleben, desto nachhaltiger dürfte der Erfolg all der mannigfachen Bemühungen sein.

St. Gallen:

Die St. Galler Regierung zu den Vorwürfen der Colonie libere

«Der Beschluss des Erziehungsrates des Kantons St. Gallen, in Ausnahmefällen Kleinklassen für fremdsprachige Kinder zu bewilligen, steht voll im Sinne der Integration der Gastarbeiterkinder», meinte Regierungsrat Ernst Rüesch am traditionellen Presselunch der sankt-gallischen Regierung. In einer schriftlich abgegebenen Verlautbarung wird ausgeführt: «Der Regierungsrat des Kantons St. Gallen weist die unsachliche Kritik zurück. Er verwahrt sich in aller Form gegen den Versuch, die Gastarbeiter durch Agitation gegen die Behörden aufzuhetzen. Der Regierungsrat wird weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, welche sowohl den Gastarbeiterkindern wie den Schweizerkindern optimale Schulverhältnisse gewährleisten.» Die sankt-gallische Kantonsregierung weist ferner auf die erfolgte Aufklärung in deutscher und italienischer Sprache hin und betont, dass die sankt-gallischen Erziehungsbehörden voll auf dem Boden der schulischen Integration der Gastarbeiterkinder stehen. Wenn aber der Anteil der fremdsprachigen Kinder in einer Klasse die Hälfte und mehr erreiche, so werde es für eine Lehrkraft unmöglich, Schüler in die deutsche Sprache einzuführen und gleichzeitig alle übrigen Bildungsziele zu erreichen. Die Kleinklassen sind auch nur für diese Ausnahmefälle geschaffen (auf der Primarschulstufe, höchstens bis zur 3. Primarklasse). Es wird betont, dass sie als Kleinklassen geführt werden müssen. Die Klasse in Rorschach zählt denn auch 19 und nicht 35 Schüler wie die deutschsprachigen Klassen. «Mit dieser Massnahme kann den Gastarbeiterkindern der Anschluss an unser Schulsystem im Sinne der Chancengleichheit gewährt werden», führt die Regierung aus.

Trotz der erfolgten Information halten die Colonie

libere italiane ihre unrichtigen Behauptungen aufrecht. Immer wieder wird von Ghetto-Klassen gesprochen und davon, dass die sankt-gallischen Behörden beabsichtigten, alle Gastarbeiterkinder in besondere Klassen einzuweisen. Ueber den Sachverhalt haben sich die Colonie aber bis heute weder bei der kantonalen noch bei den lokalen Erziehungsbehörden erkundigt. Dagegen beginnen nun Vertreter der Colonie libere italiane die Eltern einzeln zu besuchen und gegen die getroffene Lösung zu beeinflussen.

X St. Gallen: Die Mittelstufe der Volksschule hat ihr neues Geschichtsbuch

Im kommenden Frühjahr wird den Fünft- und Sechstklässlern des Kantons St. Gallen die «*Geschichte der Schweiz*», Band II von Werner Steiger überreicht werden. Es ist kein Schulbuch wie andere es sind. Es wird wohl bei vielen in seiner Einmaligkeit zum Grundstock der künftigen eigenen Bibliothek werden. Ich habe kritische Leute so fragen gehört: «Für *Schüler* ein solch schönes Buch?» – Ja, gerade für sie ist es bestimmt und vom kantonalen Lehrmittelverlag herausgegeben – vielen Dank den Erziehungsbehörden, denn es ist trotz seiner Einmaligkeit sehr preisgünstig (!) – kostbar in der Aufmachung, reich im Inhalt, leicht fassbar durch eine dem Alter angepasste Sprache und geradezu spannend durch die Auswahl der Stoffe. Vorzügliche Anmerkungen erläutern und klären. Künstlerisch hochstehende Illustrationen und Lernbilder durch den St. Galler A. Saner helfen überdies, das Erzählte packend zu vergegenwärtigen. Stadtpläne, Reproduktionen berühmter Gemälde und mit sicherem Wissen um das Fassungsvermögen der Schüler ausgewählte Chronikblätter (hervorragend kommentiert und reproduziert) tragen dazu bei, das Interesse an der Schweizergeschichte zu wecken und zu erhalten.

Auch der *Lehrerschaft* wird der neue Geschichtsbuchband mit dem Lehrerordner zu einem kostbaren Geschenk werden. Dias-Serien, verschiedene Arbeitshilfen und Folien für den Hellraumprojektor und eine Sanktgaller- und Appenzeller-Karte mit allen Burgen, Ruinen und Burgstellen sind als laufende Ergänzung für den Lehrerordner in Vorbereitung.

Man hat schon oft und zu Recht kritisch bemerkt, unsere Schüler müssten zuviel Kriegsgeschichte und trockene Chronologie auswendig lernen. Wie klug ist in diesem Buch die Stoffauswahl getroffen! Gewiss mussten die wichtigsten Schlachten zwischen Bundesgründung und Marignano – in der «Sturm- und Drang-Zeit» der Eidgenossenschaft – erwähnt werden. Aber es ist dem Autor gelungen, die wirtschaftlichen Hintergründe und die kulturellen Folgen und Fakten aufzuzeigen

und fassbar darzulegen. Ich denke dabei unter anderem an das unvergleichliche Glasfenster von Königsfelden «Die Vogelpredigt». Zusammen mit dem Kommentar in den Anmerkungen legt es Zeugnis ab für die Absicht des Autors und seiner Mitarbeiter (H. Haselbach und P. Rohner, St. Gallen, und K. Spiess, Rorschach), den Kindern den Weg und das Ziel der Geschichte schlechthin aufzuzeigen: die Vergeistigung des Menschen.

Auch die *Eltern* unserer Schüler werden aus diesem Buch reichen Gewinn ziehen. Es wird ihnen helfen, ihr Geschichtsbild zu vertiefen und zu versachlichen. Sie werden Bezüge klarer sehen und einzelne Ereignisse aus ganzheitlicher Sicht begründeter und besser begreifen.

Werner Steiger sei Dank und Anerkennung dafür gesagt, dass er sich neben der wissenschaftlichen Arbeit so sehr um eine gepflegte, dem Bildungsstand eines reiferen Volksschülers angemessene Sprache mühte. – Die Anmerkungen sind ein kleines Werk für sich. Es sind nicht einfach Ergänzungen, sondern klärendes Inbezugsetzen zum Geschehen und eine Fülle höchst interessanter, weithin unbekannter Details.

In Abwandlung eines Satzes von Fra Angelico, der über sein Kunstschaffen sagte: «Chi vuol far le cose di Dio, con Dio deve star sempre» möchte ich Werner Steiger Dank und Freude über sein Werk so übergeben: «Wer Geschichte schreiben will, der kann dies nur tun im wachen Bezug zu Vergänglichem und Unvergänglichem, aus ganzheitlicher Sicht, aus der Seinsmitte heraus.» Ihm ist dies gelungen. H.

Aargau: Das Programm der Hochschule Aargau

Acht Studiengänge zur Vorbereitung der Lehrtätigkeit vorgesehen

An der künftigen Aargauer Hochschule für Bildungswissenschaften sollen acht verschiedene Ausbildungsgänge angeboten werden. Auf Grund des Schlussberichtes verschiedener Arbeitsgruppen, die im vergangenen Jahr Vorschläge für das Tätigkeitsfeld der Hochschule Aargau ausgearbeitet hatten, entschloss sich der Gründungsausschuss folgende, meist auf eine Lehrtätigkeit vorbereitende Studiengänge aufzunehmen: Seminarlehrer in den Fächern Pädagogik, Methodik und Didaktik, Psychologie und Soziologie; Lehrer, die in denselben Fächern Berufsschullehrer ausbilden; Übungslehrer, die mit der Ausbildung von Primarlehrern im Praktikum betraut werden; Lehrer in der allgemeinen Erwachsenenbildung; Lehrer und Ausbilder in der beruflichen Weiterbildung sowie Dozenten für die Ausbildung von Sozialarbeitern.

Mit diesen Ausbildungsgängen würden «die personellen Voraussetzungen für eine Verbesserung der Lehrerbildung» geschaffen, heisst es in einer

Mitteilung der Aargauer Hochschulplaner. Damit sich diese Verbesserung aber ungeschmälert auf die Schule übertragen könne, müssen auch die wichtigsten Partner der Lehrer über die Entwicklung im Bildungswesen unterrichtet sein. In das Ausbildungsprogramm aufgenommen wurde deshalb auch ein Studiengang für Schulinspektoren oder Schulberater, welche die Lehrer mit Ratschlägen in der praktischen Schulführung unterstützen. Schliesslich sollen auch Sachverständige für Planung und Verwaltung im Bildungswesen in einem gesonderten Studiengang ausgebildet werden.

Das Niveau und der Grad der wissenschaftlichen Spezialisierung werden in diesen Ausbildungsgängen verschieden sein; die Skala reiche je nach Ausbildungsgang von der Möglichkeit eines Studiums mit Doktorgrad-Abschluss bis zum berufsbegleitenden Kurs mit einer einfachen Teilnahmebestätigung. Zusammenfassend hat der Gründungsausschuss bei der Auswahl der Ausbildungsgänge das Ziel verfolgt, die wissenschaftliche Ausbildung in den Dienst praktischer Berufstätigkeit zu stellen und das Ausbildungsangebot bewusst auf Tätigkeiten in unterschiedlichen Sektoren des Bildungswesens ausgerichtet. Um das Planungsteam bei der weiteren Bearbeitung der vorgesehenen Studiengänge zu unterstützen, hat der Gründungsausschuss die Bildung von drei Expertengruppen beschlossen.

Mitteilungen

Veranstaltungen der Paulus-Akademie

11./12. Mai 1974

Geist der Freiheit – Freiheit des Geistes

Offene Tagung

Referent: Dr. Otto Hermann Pesch, Gilching D.

17./18. Mai 1974

Rolle der kath. Kirche in Chile zur Zeit Allendes

Offene Tagung (Referenten noch nicht bekannt).

Leitung: Dr. Max Keller, Paulus-Akademie

25./26. Mai 1974

Der Kurzfilm als Mittel zur Fremd- und Selbsterkenntnis

Offene Tagung

Referent: Prof. Dr. Franz Zöchbauer, Graz

19. Juni 1974

Kontaktbereitschaft – oder Hemmungen?

Tagung für ältere Leute

Leitung: Prof. Dr. Margrit Erni, Paulus-Akademie

22./23. Juni 1974

Verhaltensforschung und Ethik

Offene Tagung (Referent angefragt)

Leitung: Prof. Dr. Magnus Löhner, Paulus-Akademie

15. bis 20. Juli 1974

Erziehung zur Konfliktbewältigung

Lehrerwoche

Leitung: Frau Prof. Dr. Margrit Erni, Paulus-Akademie; Dr. Max Keller, Paulus-Akademie

Paulus-Akademie

8053 Zürich

Carl-Spitteler-Strasse 38

«Kleines Land und grosse Käse»

Die Schweizerische Käseunion AG, Bern, präsentiert die Broschüre über die Käseherstellung in der Schweiz in farbiger Neuauflage. Sie wurde in den letzten Tagen vom Herausgeber allen Lehrpersonen zugestellt.

Die neue Publikation beschreibt in ausführlicher, leicht verständlicher Art die Herstellung von Emmentaler und vermittelt Hinweise über andere bekannte Käsesorten unseres Landes. Die mit Zeichnungen und Text abwechslungsreich gestaltete Broschüre kann durch die Schweizerische Käseunion gratis bezogen werden.

Der Film «Harfe und Sirte», Herstellung und Gratis-Verleih: Schweiz. Käseunion AG, Bern, wurde kürzlich beim Zürcher Filmpreis mit einer Auszeichnung bedacht, nachdem er bereits beim Agrarfilm-Festival in Berlin auf internationaler Ebene mit einer Goldenen Ähre ausgezeichnet worden ist.

Ökumenisches Ferienseminar in Bad Schönbrunn

Tage der Anregung und Erholung für Lehrerinnen und weitere Interessentinnen.

7. bis 13. Juli 1974

Auch dieses Jahr wollen wir das Ferienseminar durchführen, das allen Teilnehmerinnen viel Freude vermitteln will. Vormittags beschäftigen wir uns mit religiös-weltanschaulichen Fragen – immer in ökumenischer Sicht – nachmittags ist Gelegenheit zu gestalterisch-künstlerischem Schaffen und zu Spaziergängen – abends soll das Musische zum Zuge kommen. Etwas vom Erfreulichsten sind die menschlichen Kontakte in diesen Tagen.

Thema:

Vormittags: «Unser Herr»

Nachmittags: Gestalterisches Schaffen

– Mit Trockenblumen und Fruchtständen (J. Thür)

– Aufbau-Keramik (Marie-Claire Walper)

Leitung:

Käthy Herzog, Hauswirtschaftslehrerin, Hänibühl 12, 6300 Zug, Telefon 042 - 21 21 53

Heinz Egger, Evang.-Ref. Pfarramt, 8555 Müllheim-Dorf, Telefon 054 - 8 11 68

Josef Oesch, Bad Schönbrunn, 6311 Edlibach, Telefon 042 - 52 16 44

Jakob Thür, Bad Schönbrunn, 6311 Edlibach

Marie-Claire Walper, Werklehrerin, 8805 Richterswil, Telefon 01 - 76 01 15